

Rasanter Umbau der Hochschul- und Wissenslandschaft!

Studierende werden zu „Kunden“

In einem rasanten Tempo wird die Hochschul- und Wissenschaftslandschaft europa-, bundes- und landesweit zu „Unternehmen“ nach betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien umgebaut. Dieser Prozess ist gekennzeichnet durch Unterfinanzierung der Hochschulen, Kommerzialisierung von Bildung und Forschung, Privatisierung der Studienfinanzierung, Flexibilisierung und Deregulierung der Beschäftigungsverhältnisse in der Wissenschaft und eine Studienstrukturreform nach „Schema F“, die weder den Anforderungen der Studierenden noch der beruflichen Praxis wirklich gerecht wird.

Seit ihrem Amtsantritt 2003 hat auch die niedersächsische CDU-FDP-Landesregierung diesen Kurs eingeschlagen und sofort den Hochschulen die finanziellen Mittel durch das „Hochschuloptimierungskonzept (HOK)“ massiv gekürzt und somit Fächer- und sogar Standortschließungen sowie Abbau von Studienplätzen durchgesetzt. In einem weiteren Schritt wurde durch die Novelle des Niedersächsischen Hochschulgesetzes (NHG) die Hochschulverfassung deutlich an die Struktur eines Unternehmens angepasst, indem die Entscheidungskompetenzen der Präsidien, aber auch der Hochschulräte gestärkt wurden.

Die GEW ist für Chancengleichheit beim Hochschulzugang und im Studium!

Niedersachsen gehörte zu den ersten Bundesländern, die Gebühren von 500 Euro für ein Hochschulsemester einführen. Somit wird Studieninteressierten – vor allem aus einkommens- und bildungsfernen Familien – erschwert ein Studium aufzunehmen. Dies zeigte sich bereits im vergangenen Wintersemester, wo die Zahl der Erststudierenden in den Studiengebühren-Ländern rückläufig war, und das, obwohl es mehr AbsolventInnen mit Hochschul- und Fachhochschulreife gab. Interessanterweise stieg die Zahl der Studienberechtigten, die eine berufliche Ausbildung aufnahmen: bei den AbiturentInnen um vier Prozent, bei den FachabiturentInnen sogar um 20 Prozent.

Da scheint es auch nichts zu nützen, dass das Land zinsgünstige Kredite anbietet, die noch nicht mal allen Studierenden zur Verfügung stehen, da es Beschränkungen wie Alter und Nationalität gibt. Bisher versuchen die Studierenden durch zusätzliche finanzielle Unterstützung seitens ihrer Familien oder verstärkte Erwerbstätigkeit die Hochschulge-



Foto: Richard Lauenstein

Studierende protestieren gegen die Umbau- und Sparmaßnahmen in Niedersachsen.

bühren aufzubringen. Überdies stieg die Zahl derer, die sich exmatrikulierten oder beurlauben ließen.

Anstatt Chancengleichheit im Bildungs- und Hochschulbereich durch den Abbau sozialer Zugangsschwellen zur höheren Bildung abzubauen, wälzt die niedersächsische Landesregierung einen Teil der Hochschulkosten auf die Studierenden ab und stopft mit den Einnahmen Haushaltslöcher bei den Hochschulen.

Die GEW ist für eine elternunabhängige und bedarfsgerechte Studienfinanzierung!

Das BAföG ist eine tragende und unersetzliche Säule der Studienfinanzierung, die – anfänglich – auch dafür sorgte, dass die Zahl der Studierenden, vor allem aus den einkommensschwachen und bildungsfernen Familien, wuchs. Anstatt das BAföG mit dem Ziel einer bedarfsgerechten und elternunabhängigen Förderung strukturell zu reformieren, werden Fördersatz und Freibeträge nicht angepasst.

Obwohl in Deutschland ein zu geringer Anteil eines Altersjahrgangs ein Studium aufnimmt und abschließt, wird das Studium durch die Einführung von Studiengebühren und den sukzessiven Funktionsverlust des BAföG immer weiter verteuert. Der kapazitätsbedingte Numerus Clausus, der sich aus der unzureichen-

den Hochschulfinanzierung ergibt, wird um einen sozialen Numerus Clausus – als Folge einer unzureichenden Studienfinanzierung – erweitert. Die Chancengleichheit beim Hochschulzugang wird dadurch substantiell in Frage gestellt.

Die GEW setzt sich für einen nachfrage- und bedarfsgerechten Ausbau der Studienplätze ein!

Bis 2010 will die Landesregierung im Rahmen des bundesweiten Hochschulpaktes 11.000 neue Studienplätze schaffen. Zwei Drittel dieser Plätze sollen in den „kostengünstigeren“ Fachhochschulen durch Absenkung der Curricularen Normwerte entstehen. Ferner werden Studienplätze in den Natur- und Ingenieurwissenschaften, die auf Grund des geringen Interesses in den entsprechenden Studienfächern nicht ausgeschöpft werden, in die „neuen“ Studienplätze eingerechnet. Dies führt dazu, dass die niedersächsischen Hochschulen zwar für einen neu eingerichteten Studienplatz 3.000 bis 10.000 Euro erhalten, aber Hochschulen, die bereits über entsprechende Plätze verfügen, lediglich eine „Auffüllerprämie“ von nur 800 Euro bekommen sollen. Außer Acht lässt die Landesregierung, dass durch die Verkürzung der gymnasialen Ober-

Hilfen für Studium und Referendariat

Der GEW-Landesverband bietet zwei Broschüren mit Tipps, Hinweisen und Hilfen für angehende Lehrkräfte an, die bereits auch für Lehramtsstudierende wertvolle Informationen und Materialien enthalten.

1. „Informationen für Lehreranwärterinnen und -anwärter, Referendarinnen und Referendare“
2. „Start in die Schule. Informationen für Neueingestellte“

Die Broschüren können über den GEW-Landesverband und über die örtlichen Geschäftsstellen kostenfrei bestellt werden. GEW Niedersachsen, Berliner Allee 16, 30175 Hannover, Tel. (05 11) 33 80 40, E-Mail@gew-nds.de

stufe von 13 auf zwölf Jahre zwei Abiturjahrgänge gleichzeitig in die Hochschulen kommen.

Es scheint, dass die Verantwortlichen – zum zweiten Mal nach den 1980er Jahren – der Illusion unterliegen, einen „Studentenberg untertunneln“ zu können. Die beschlossenen Mittel und Maßnahmen werden nicht reichen, um qualitativ gute Studienbedingungen zu schaffen, und somit ist mit weiteren Zulassungsbeschränkungen zu rechnen.

Die GEW ist für eine qualitative Studienreform im Europäischen Hochschulraum!

Die Umsetzung des Bologna-Prozesses weist in Deutschland in vielen Studienfächern und an vielen Hochschulen eine zentrale Schwäche auf: Durch die Festlegung auf den BA als Regelabschluss sowie dadurch, dass nur zwischen 20 und 50 Prozent zu einem Masterstudium zugelassen werden, drohen eine Zerteilung des Hochschulstudiums in ein Schmalspurstudium für die Masse und ein Exzellenzstudium für eine Elite. Hinzu kommt, dass die Qualität der neuen BA-Studiengänge, die nach Maßgabe der Bologna-Erklärung berufsqualifizierend sein sollen, noch nicht die nötige Akzeptanz auf dem Arbeitsmarkt haben.

Besonders katastrophal ist die Lehramtsausbildung in Deutschland organisiert, da sie von „klein-staatlichem Denken und Verhalten“ geprägt ist. So gibt es mehr oder weniger verschiedene Schul- und entsprechende Lehramtsstrukturen anstatt einer einheitlichen Grundausbildung in den Bundesländern. Diese Entwicklung schränkt die Mobilität der künftigen LehrerInnen massiv ein.

Die Alternative zu dieser eher „übereilten“ Anpassung der deutschen Studienstrukturen an ein schematisches BA-MA-Modell wäre ei-

ne wirklich qualitative Studienreform im Europäischen Hochschulraum. Dabei sollte die Qualität und die Berufsbefähigung neuer wie alter Studiengänge in transparenten Verfahren gesichert werden, an denen Lehrende und Lernende sowie Gewerkschaften und Arbeitgeber als Vertreter der beruflichen Praxis beteiligt sind. Auch sollte der Übergang zu MA-Studiengängen absolut durchlässig sein.

Die GEW ist für eine aufgabengerechte Personalstruktur an den Hochschulen!

Mehr denn je werden die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen des Personals an den Hochschulen flexibilisiert und dereguliert. So wird unterhalb der Professur das wissenschaftliche Personal fast ausschließlich befristet beschäftigt; Daueraufgaben in Lehre und Forschung zunehmend auf nebenberuflich Tätige, wie Lehrbeauftragte oder wissenschaftliche Hilfskräfte, in prekären Beschäftigungsverhältnissen übertragen. Um Personalkosten zu sparen, hat die niedersächsische Landesregierung die Arbeitszeiten für Professoren auf 68 Jahre verlängert und die Regellehrverpflichtung für alle Lehrenden erhöht.

Wer die Qualität von Forschung und Lehre an den Hochschulen sichern und optimieren möchte, muss auch die Arbeitsbedingungen ihres Personals verbessern. So sollten WissenschaftlerInnen, die sich für eine Professur qualifiziert haben, eine echte berufliche Perspektive geboten werden, auch wenn sie nicht auf eine Professur berufen werden (tenure track). Auch die Qualifizierung des wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchses sollte in der Regel im Rahmen von Beschäftigungsverhältnissen erfolgen. Daher darf die Promotion nicht zu einem verlängerten Studium abgewertet werden, sondern ist als erste Phase der wissenschaftlichen Berufsausübung anzuerkennen.

Um sachgerechte und wissenschaftsadäquate Regelungen der Arbeitsbeziehungen an den Hochschulen zu finden, muss die Tarifsperrung im neuen Wissenschaftstärkengesetz, die abweichende tarifliche Regelungen untersagt, aufgehoben werden.

Die GEW ist für ein sozial gerechtes Bildungs-, Hochschul- und Wissenschaftssystem in staatlicher Verantwortung!

Der Mainstream der Bildungs- und Wissenschaftspolitik in Bund und Ländern steht heute für eine durchgreifende Kommerzialisierung von Bildung und Forschung, wo Bildung zunehmend als eine Ware begriffen wird, die auf einem im globalen Maßstab liberalisierten Markt gehandelt wird. Forschung, Lehre und Studium drohen auf eine abhängige Variable

der ökonomischen Entwicklung reduziert zu werden, wo die emanzipatorische Funktion von Bildung und gesellschaftlicher Aufgaben von Forschung immer weniger Platz in den Hörsälen und Forschungslabors haben.

Daraus folgt, dass Hochschulen perspektivisch nicht mehr als Gemeinschaften von Lehrenden und Lernenden (Wilhelm von Humboldt) verstanden werden, sondern als „Dienstleistungsunternehmen“, die ihre Produkte – Aus- und Weiterbildung sowie Forschungsarbeiten – auf dem Markt anbieten müssen. Wie Drittmittel- und Forschungsauftraggeber werden auch die Studierenden von Mitgliedern der Hochschulen zu deren Kunden und damit bereits begrifflich aus der Selbstverwaltungskörperschaft Hochschule ausgegrenzt. Die in den 1960er und 1970er Jahren erkämpften Selbstverwaltungs- und Mitbestimmungsrechte von Beschäftigten, Studierenden, ja sogar HochschullehrerInnen, werden abgebaut. Autokratische Leitungsorgane und externe Aufsichtsgremien ziehen nahezu alle Entscheidungsbefugnisse der auch in Haushalts- und Wirtschaftsfragen autonom gewordenen Hochschulen an sich.

Bildung für jede Einzelne und jeden Einzelnen gehört zu den Grundvoraussetzungen einer entwickelten Gesellschaft. Sie darf nicht auf dem Markt gehandelt werden, sondern muss im Hinblick auf die gesellschaftlichen Aufgaben der Zukunft in politischer Verantwortung erhalten und ausgebaut werden. Dabei müssen Hochschulen Selbstverwaltungskörperschaften in staatlicher Trägerschaft bleiben, die Forschung, Lehre und Studium auf Basis einer aufgabengerechten Arbeitsteilung autonom, aber in gesellschaftlicher Verantwortung organisieren.

SABINE KIEL, stv. Landesvorsitzende
ANDREAS KELLER, Leiter des
Vorstandsbereichs Hochschule
und Forschung beim Hauptvorstand

Promovieren mit Perspektive

Wie kann ich meine Promotion planen? Was muss ich dabei beachten? Welche Finanzierungsmöglichkeiten gibt es? Wie sehen die rechtlichen Rahmen aus? Welche Netzwerke gibt es? Diese und viele andere Fragen werden in dem „GEW-Handbuch: Promovieren mit Perspektive. Ein Ratgeber von und für DoktorandInnen“ behandelt.

GEW-Handbuch Promovieren mit Perspektive. Ein Ratgeber von und für DoktorandInnen. GEW Materialien aus Hochschule und Forschung, Band-Nr. 111, Claudia Koepf, Johannes Moes, Sandra Tiefel (Hrsg.), Bielefeld 2006, 454 Seiten, 24,90 Euro, ISBN 3-7639-3289-5, Best. 60.01.586

Die HerausgeberInnen sind Mitglieder der Projektgruppe DoktorandInnen der BundesGEW. Diese Gruppe beschäftigt sich seit Jahren mit der Reform der Promotionsphase in der deutschen und auch europäischen Hochschulpolitik, sammelt und kommentiert Informationen zum Thema, veranstaltet Seminare und Tagungen für Promovierende und hochschulpolitisch Interessierte und verfasst Positionspapiere und Studien zur Promotion. Aktuelle Informationen unter <http://promovieren-gew.de>

Studienförderung durch Stipendien

Ohne Zweifel, sein Studium durch ein Stipendium zu finanzieren, das wäre doch klasse! Die vielen Stiftungen, die Stipendien vergeben, können hier nicht näher beschrieben werden.

Dennoch möchten wir darauf hinweisen, dass die Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) mit der Hans-Böckler-Stiftung sowohl Studierende als auch DoktorandInnen durch Förderstipendien unterstützt.

Hans-Böckler-Stiftung (www.boeckler.de)

Hochschulinformationsbüro: Beratung vor Ort

An einigen Hochschulstandorten in Niedersachsen gibt es „Hochschulinformationsbüros der Gewerkschaften“ (HIB), die kostenlose Informationen und Beratung bei Fragen und Problemen bei Fragen rund um das Studium anbieten und Tipps über die Stipendien der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung geben.

Auch bei Kontakten zu Betrieben unterstützen die HIBs die Studierenden – egal ob es um Praktikumsplätze, Arbeitsverträge, Einstiegsgehälter oder ArbeitnehmerInnenrechte geht. Außerdem veranstalten sie Exkursionen oder Seminare zum Studium und Beruf. Die weiteren Schwerpunkte liegen im Studium und in der Jobberatung. Sie setzen sich an der Hochschule für eine qualitativ hochwertige (Aus-) Bildung ein.

HIB Braunschweig
Spielmannstraße 13, 38106 Braunschweig
kontakt@hib-braunschweig.de
GEW-Kontaktstelle im HIB
Tel. (05 31) 1 21 63 71
gew@hib-braunschweig.de
http://www.gew.hib-braunschweig.de

HIB Hannover
Conti-Hochhaus, Raum 129 (Mitteltrakt),
Königsworther Platz 1, 30167 Hannover
info@hib-hannover.de
http://www.hib-hannover.de

HIB Oldenburg
AStA-Trakt der
Carl von Ossietzky-Universität Raum M1 153
Tel. 04 41 / 7 98 29 10
hib_ol@gmx.de
http://www.uni-oldenburg.de/hip

HIB Osnabrück
August-Bebel-Platz 1, 49074 Osnabrück
hib.osnabrueck@dgb.de
http://www.hib-os.de

Darüber hinaus kann man sich auf der bundesweiten Homepage der DGB-Jugend (www.students-at-work.de) umfassend informieren bzw. die Online-Beratung nutzen.



Foto: Sabine Kiel

HIB Hannover bei der Erstsemesterbegrüßung an der Leibniz Universität Hannover.

Studentische Tarifini

Bundesweit haben sich Studierende zusammengefunden und eine „Tarifvertragsinitiative studentischer Beschäftigter an den Hochschulen“ gegründet, die von der GEW und anderen Gewerkschaften und Organisationen unterstützt wird.

<http://www.tarifini.de>

Darüber hinaus gibt es auch landesweite bzw. örtliche Tarifinitiativen.

Kontakt für Niedersachsen: Alexandra Grimm, alexandra@marschlande.de

Die GEW bietet Rechtsschutz

Nicht selten entscheiden Gerichte darüber, wer in Streitfällen, die mit dem Studium zusammenhängen, Recht hat. Allein auf sich gestellt ist der Gang zum Gericht immer ein Wagnis: Die Erfolgchancen sind nicht abzuschätzen, die Kosten ebenso wenig.

Als Mitglied mit der GEW im Rücken kannst du auf kompetente juristische Unterstützung bauen und brauchst dir um die Kosten keine Sorge machen. Das kann schon bei der Anfechtung der Zulassung zum Studium oder auch im Streit um Studiengebühren oder gar Prüfungsergebnisse sein.

Kaufen kann man Gerechtigkeit nicht. Manchmal muss man sie erkämpfen. Das allerdings kann teuer werden. Gerichtsverfahren verschlingen schnell bis zu fünfstelligen Beträge. Der GEW-Rechtsschutz übernimmt auch Rechtsanwalts honorare, Gerichtsgebühren und wenn notwendig auch Ausgaben für Gutachten.

Als GEW-Mitglied brauchst du keinen Cent dazuzahlen. Selbst dann nicht, wenn der Prozess verloren gehen sollte ...

GEW Niedersachsen, Landesrechtsschutzzentrale, Berliner Allee 16, 30175 Hannover, Tel. (05 11) 3 38 04 27/22, E-Mail gew-nds.de

Kooperationsstellen fördern den gesellschaftlichen Dialog der Hochschulen

In Niedersachsen gibt es an einigen Hochschulstandorten „Kooperationsstellen der Gewerkschaften“, die jeweils auf unterschiedlichen Wegen und mit regionalspezifischen Ansätzen den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis organisieren. Die Besonderheiten örtlicher Kontakte, unterschiedlicher Hochschullandschaften und die jeweilige Wirtschaftsstruktur sind zentrale Grundlage für die verschiedenartigen Ange-

bote und Arbeitsschwerpunkte der Kooperationsstellen.

Vor Ort werden Netzwerke initiiert und in ihrer Arbeit begleitet. Dies lässt Forschungsergebnisse und „Hochschulwissen“ für die Arbeitswelt transparenter und damit auch „nutzbarer“ werden. Umgekehrt suchen wir nach Wegen, „Praxiswissen“, Problemfeldern und Erfahrungen aus der Arbeitswelt eine angemessene Bedeutung in Forschung und Lehre zu geben.

Die Angebote der Kooperationsstellen schaffen Räume des Voneinander-Lernens. In gemeinsamen Projekten, Kongressen, Tagungen, Workshops, Seminaren und Vorträgen werden aktuelle Schwerpunktthemen aus der Perspektive der Arbeitswelt untersucht und im Kontext unterschiedlicher wissenschaftlicher Fächer und Schulen diskutiert.

Kooperationsstelle Hochschulen & Gewerkschaften an der TU Braunschweig
Konstantin-Uhde-Straße 4, 38106 Braunschweig
Tel. (05 31) 3 91 42 80, Fax (05 31) 3 91 42 82
E-Mail: koop-son@tu-bs.de

Kooperationsstelle Hochschulen & Gewerkschaften Hannover-Hildesheim
Schloßwender Straße 5, 30159 Hannover
Tel. (05 11) 76 19 145, Fax (05 11) 76 21 93 21
E-Mail: klaus.pape@zew.uni-hannover.de
dagmar.borchers@zew.uni-hannover.de

Kooperationsstelle Hochschulen & Gewerkschaften Osnabrück
August-Bebel-Platz 1, 49074 Osnabrück
Tel. (05 41) 3 38 07 18 14, Fax (05 41) 3 38 07 18 77
E-Mail: hgos@uni-osnabrueck.de

Kooperationsstelle Hochschulen & Gewerkschaften Göttingen
Humboldtallee 15, 37073 Göttingen
Tel. (05 51) 39 74 68, Fax (05 51) 3 91 40 49
E-Mail: kooperationsstelle@uni-goettingen.de

Kooperationsstelle Hochschulen & Gewerkschaften an der Uni Oldenburg
Ammerländer Heerstr. 114-118, 26129 Oldenburg
Tel. (04 41) 7 98 19 29 09, Fax (04 11) 7 98 29 09
E-Mail: kooperationsstelle@uni-oldenburg.de

www.kooperation-hochschule-gewerkschaften.de

Mitmachen und was bewegen



Foto: Sabine Kiel

Studierende mitarbeiten LASSen

Die GEW organisiert ihre Arbeit hauptsächlich nach Themen und Berufsfeldern, auch für den Bereich Hochschule und Forschung gibt es eine spezielle Arbeitsstruktur. So arbeiten die Gewerkschaftsmitglieder (Beschäftigte und Studierende) vor Ort in den Hochschulgruppen. In einigen Standorten gibt es auch gewerkschaftsübergreifende Hochschulgruppen. Im Vorstandsbereich der

nds. GEW ist dieser Bereich durch das Referat für Ausbildung, Hochschule, Forschung sowie der Fachgruppe „Hochschulen“ vertreten, wo die Koordination auf Landesebene erfolgt und grundsätzliche Positionen diskutiert werden. Die Studierenden sind hierbei direkt einbezogen.

Für die Studierenden existiert in der GEW auf Landes- und Bundesebene eine spezielle Vertretungsstruktur: die jeweiligen Landesausschüsse für Studentinnen und Studenten (LASS) sind im Bundesausschuss für Studentinnen und Studenten (BASS) organisiert.

Alle Studierenden, die GEW-Mitglied sind, gehören dem LASS an und können mitarbeiten. Konkrete Veranstaltungen werden meist an den Hochschulen vor Ort organisiert, aber gerade die aktuellen Probleme, wie Verschärfungen und Demokratieabbau durch das Landeshochschulgesetz oder Kürzungen im Hochschulbereich, oder die Einführung von Studiengebühren, müssen auf Landesebene angegangen werden.

Bildung erschöpft sich nicht in der Hochschule, darum solltest du kompetente Partner finden – gerade auch für angehende LehrerInnen gibt es da eine besondere Adresse: die Bildungsgewerkschaft GEW. Studierenden und Beschäftigten im Bildungssektor bietet sich hier eine starke Gemeinschaft.

Du findest deine Ansprechpartner beim Landesausschuss für Studentinnen und Studenten

(LASS) oder bei der Hochschulgruppe bzw. Informationsbüro vor Ort.

Landesausschuss der Studentinnen und Studentinnen (LASS):

Sprecher: Holger Schmidt, lass@gew-nds.de

GEW Hochschulgruppen

Braunschweig: Sönke Volkmann, hochschulgruppe@hib-braunschweig.de

Hannover: Nils Johannsen, GEW.Hannover@t-online.de

Osnabrück: Holger Schmidt, webmaster@gew-studis-os.de

Die GEW organisiert Seminare, die sich an Studierende richten, die die GEW kennen lernen und an diejenigen, die sich für ihre hochschulpolitische Arbeit schulen wollen sowie an Kolleginnen und Kollegen, die sich in der GEW-Studierendenarbeit engagieren.

Das Programm umfasst ein vielfältiges Angebot an personengruppen-, themen- und organisationsbezogenen Seminaren. Sie werden in Abstimmung mit dem Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten (BASS) entwickelt und gemeinsam mit kompetenten jüngeren Teamerinnen und Teamern umgesetzt.

http://www.gew.de/GEW-Seminare_fuer_Studentinnen_und_Studenten.html

GEW-Internetportal Hochschule und Forschung

Der GEW-Arbeitsbereich „Hochschule und Forschung“, kurz HuF genannt, hat bundesweit ein Internetportal aufgebaut, wo alle, die studieren, forschen oder lehren Informationen zur Wissenschaftspolitik finden.

Dazu gibt es Tipps für StudienanfängerInnen, Listen von Stipendienprogrammen und Statements der GEW zu aktuellen Diskussionen. Reinklicken lohnt sich nicht nur zu Semesterbeginn. <http://www.wissenschaft.gew.de>

Fachgruppe Hochschule

GEW-AnsprechpartnerInnen gibt es in der Regel vor Ort. Am einfachsten man meldet sich beim Landesverband oder schaut auf der Homepage nach.

GEW Niedersachsen, Berliner Allee 16
30175 Hannover, Tel. (05 11) 33 80 40
E-Mail@gew-nds.de, <http://www.gew-nds.de>

Ferner gibt es beim Landesverband Niedersachsen eine Fachgruppe „Hochschulen“, die sich mit der niedersächsischen Hochschulpolitik auseinandersetzt.

Sprecherin: Sabine Kiel, s.kiel@gew-nds.de

Impressum

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Niedersachsen, Berliner Allee 16,
30175 Hannover, (05 11) 3 38 04-0,
info@gew-nds.de, www.gew-nds.de

Vorsitzender: Eberhard Brandt

Verantwortlich: Sabine Kiel, stv. Vorsitzende,
Joachim Tiemer (v.i.S.d.P.)

Redaktion: Sabine Kiel, Richard Lauenstein,
Rüdiger Heitefaut, Sönke Volkmann,
Holger Schmidt

Gestaltung: Kornelia Schick, Peine

Studierende, LehramtsanwärterInnen bzw. ReferendarInnen und auch PraktikantInnen werden für vier Euro GEW-Mitglied!

Beitrittserklärung

Ihre Daten sind entsprechend den Bestimmungen
Bitte in Druckschrift ausfüllendes Bundesdatenschutzgesetzes geschützt

Beschäftigungsverhältnis

Vorname/Name _____ Telefon Fax _____

angestellt

Straße/Nr. _____ E-Mail _____

beamtet

Honorarkraft

Land/PLZ/Ort _____ Berufsbezeichnung/-ziel beschäftigt seit _____ Fachgruppe _____

in Rente

pensioniert

Geburtsdatum/Nationalität _____ Name/Ort der Bank _____

..... Std./Woche

Bisher gewerkschaftlich organisiert bei _____ von _____ bis _____ (Monat/Jahr) _____ Kontonummer BLZ _____

im Studium

ABM

Jedes Mitglied der GEW ist verpflichtet, den satzungsgemäßen Beitrag zu entrichten und seine Zahlungen daraufhin regelmäßig zu überprüfen.

Tarif-/Besoldungsgruppe _____ Bruttoeinkommen Euro monatlich _____

Vorbereitungsdienst /Berufspraktikum

Mit meiner Unterschrift auf diesem Antrag erkenne ich die Satzung der GEW an und ermächtige die GEW zugleich widerruflich, den von mir zu leistenden Mitgliedsbeitrag vierteljährlich von meinem Konto abzubuchen.

Betrieb/Dienststelle _____ Träger _____

befristet bis

Sonstiges

Vielen Dank!

Ihre GEW

Ort/Datum _____ Unterschrift _____ Straße/Nr. des Betriebes/der Dienststelle _____ PLZ/Ort _____

GEW Niedersachsen, Berliner Allee 16, 30175 Hannover

Selbstverständlich ist ein GEW-Eintritt auch online auf den Internetseiten <http://www.gew-nds.de> möglich.